

## Kinderarmut: Ein Test für die Politik

Die Angst um die Zukunft ihrer Kinder ist eine Sorge, die allzu vielen Eltern durch soziale Ausgrenzung auferlegt wird. Die Zahlen, mit denen Kinderarmut gemessen wird, sind eine Schande für unsere „moderne“ Gesellschaft. Das EAPN ist daher froh, dass Kinderarmut einen festen Platz auf der sozialpolitischen Agenda einnimmt. Wir werden jedoch weiterhin wachsam sein: Die Not der Kinder an erste Stelle zu rücken, darf keine Entschuldigung dafür werden, allgemeine Ansätze gegen Armut außen vor zu lassen.

In diesem Zusammenhang gibt es drei Forderungen:

Der Kampf gegen Kinderarmut muss an erster Stelle einer politischen Philosophie der Achtung vor allen Menschen stehen. Alle Strategien, die Skepsis der Öffentlichkeit gegenüber Sozialausgaben zu überwinden, indem die „Unschuld“ der Kinder dem Versagen „arbeitsunwilliger“ Eltern gegenübergestellt wird, sind riskant. Auch die Betonung der generationsübergreifenden Armut und Arbeitslosigkeit riskiert, Einzelpersonen und Familien zu stigmatisieren, indem die individuelle Verantwortung hervorgehoben wird, anstatt eher die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen dieser Realität aufzuzeigen.

Dem Kampf gegen Kinderarmut muss Priorität eingeräumt werden als ein geeignetes Mittel, um das Los eines jeden von Armut betroffenen Menschen zu verbessern. Es handelt sich um eine ambitionierte Politik, die in der Lage sein muss, ihre Bedeutung durchzusetzen.

Darüber hinaus wird es keine Verbesserung der Lage der Kinder ohne die Teilhabe der Betroffenen geben: Der Kinder selbst, aber auch ihrer Eltern.

Kinderarmut wurde für das Jahr 2007 als Diskussionsthema unter der offenen Methode der Koordinierung im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung ausgesucht. Wir werden genau verfolgen, wie die ausgewählten Maßnahmen formuliert und umgesetzt werden: Es kann nämlich nicht nur darum gehen, Eltern wieder in die Arbeit zu bringen.

Claire Champeix  
EAPN, Verantw. Politik



## INHALT

### KINDERARMUT IN EUROPA

- Kinderarmut in der EU: Ein Überblick 2
- Mit welchen Indikatoren soll Kinderarmut gemessen werden? 2
- Straßenkinder: Nicht nur ein Problem der Dritten Welt ... 3
- Kinderarmut im europäischen Prozess der sozialen Eingliederung 4
- Kinder in staatlicher Obhut: Eltern als Ausgangspunkt 4
- „Was uns fehlt, ist ein politischer Ansatz, der Kinder in den Mittelpunkt stellt“, so Eurochild 6
- Im Hinblick auf eine EU-Kinderrechtsstrategie 6
- Kinderarmut im Vereinigten Königreich: Wohin führt der Weg jetzt? 7
- Menschen, die von Armut betroffen sind, in ihren eigenen Worten 7

### Nachrichten aus Deutschland

- Armut in Deutschland ... im europäischen Mittelfeld, aber deutlich wachsend 9
- Sozialpolitische Prioritäten der deutschen Präsidentschaft 9
- Im Blickpunkt: EAPN Deutschland 10
- Erstmals für Deutschland: Ein Treffen von Menschen mit Armutserfahrung 11
- Impressum 11

## Mit welchen Indikatoren soll Kinderarmut gemessen werden?

Zur Zeit gibt es keine vollständig vergleichbaren EU-weiten Daten zu Kinderarmut. Die Zahlen, die in dieser Ausgabe von Nachrichten aus dem Netz genannt werden, sind daher mit Vorsicht zu betrachten. Noch komplizierter ist der Versuch, Daten aus der Europäischen Union mit Daten aus der übrigen Welt, wie etwa den von UNICEF veröffentlichten, zu vergleichen. Während die EU-Zahlen vom Anteil der Unter-16-Jährigen ausgehen, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutrisikogrenze liegt, die mit 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt ist, benutzt UNICEF einen Schwellenwert von 50 %.

Im Jahr 2003 ersetzte die Europäische Union das Europäische Haushaltspanel durch EU-SILC, einem neuen System zur Erfassung von Daten bezüglich der Einkommen und der Lebensbedingungen in der Europäischen Union. Zwar haben schon viele europäische Länder begonnen, das neue System einzusetzen, doch wird die erste Reihe von Mikrodaten und übergreifenden Indikatoren, die aus EU-SILC-Statistiken für alle 25 EU-Mitgliedstaaten abgeleitet sind, nicht vor Dezember 2006 verfügbar sein.

Die Untergruppe für Indikatoren des EU-Ausschusses für Sozialschutz hat übrigens kürzlich eigens zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe zum Thema Kinderarmut eingerichtet.

A. Gueudet

Siehe auch die Studie der Europäischen Kommission zu Kinderarmut (März 2004):

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/social\\_inclusion/docs/child\\_poverty\\_study\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/docs/child_poverty_study_en.pdf)

## Kinderarmut

### Kinderarmut in der EU : Ein Überblick

**Erwachsenenarmut ist ein großes Thema, doch Kinderarmut fällt oft unter den Tisch ...**

**U**nd doch sind es in der Europäischen Union Kinder, die am stärksten von Armut bedroht sind. Hier einige offizielle Zahlen: Eurostat schätzt, dass im Jahr 2005 in der EU 20 % der abhängigen Unter-16-Jährigen von Armut betroffen waren gegenüber 16 % der Erwachsenen.

Die Zahlen zeigen, dass Slowenien (9 %), Dänemark (9 %), Finnland (10 %) und Schweden (11 %) die niedrigsten Kinderarmutsraten nach Sozialtransfers haben, während die Slowakische Republik (30 %), Italien (26 %), Spanien (24 %), Polen (23 %), Portugal (23 %), Irland (22 %) und das Vereinigte Königreich (22 %) die Schlusslichter bilden<sup>1</sup>.

Die Kinderarmutsraten in den neuen EU-Mitgliedstaaten liegen nahe am EU-Durchschnitt, doch ist zu beachten, dass in weniger wohlhabenden Ländern ein Leben unterhalb der relativen Armutsgrenze schon sehr nah an der absoluten Armut dran sein kann und noch nicht einmal mehr die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse möglich ist.

Zwar gibt es keine vergleichbaren Langzeitdaten, doch kann man sagen, dass Länder der Europäischen Union von einer fest verwurzelten - und in einigen Fällen ansteigenden - Kinderarmut betroffen sind.

#### Der Fall des Vereinigten Königreichs

Obwohl das Vereinigte Königreich eine sehr hohe Kinderarmutsrate verzeichnet, ist es das einzige europäische Land, dem es gelungen ist, die Kinderarmutsrate in den letzten zehn Jahren

bedeutend zu verringern (von 28 % im Jahr 1995 auf 22 % im Jahr 2003). Wie war das möglich? Der Anstieg der Kinderarmut um das Dreifache, den das Vereinigte Königreich in den vorangegangenen zwanzig Jahren zu verzeichnen hatte, bewog die Regierung Blair 1997 zu einem entschlossenen Vorgehen. Ihr Versprechen, die Kinderarmut bis zum Jahr 2005 um ein Viertel zu reduzieren, bis 2010 zu halbieren und bis 2020 ganz auszumerzen, wurde seitdem sowohl von der Regierung als auch von Politik und Wissenschaft genau überwacht. Zwar wurden die Ziele für 2005 nur zum Teil umgesetzt, doch hat die Kinderarmutsrate ihren niedrigsten Stand seit 1988/89 erreicht.

#### Die Ursachen der Armut

Die Lebensstandards der Kinder und ihre Armut können nicht von den Haushalten getrennt werden, in denen sie leben, denn der Lebensstandard eines Kindes wird als der Lebensstandard des elterlichen Haushalts definiert, bei dem das Kind als Verbrauchseinheit gezählt wird, die von den monetären Mitteln des Haushalts profitiert.

**"Im Jahr 2005 waren in der EU 20 % der abhängigen unter 16-Jährigen von Armut betroffen"**

Tatsache ist, dass soziale und familiäre Veränderungen Kinderarmutsraten in allen Ländern bis heute stark beeinflussen. So hat beispielsweise die steigende Anzahl Alleinerziehender in vielen

Ländern das Armutrisiko für Kinder in die Höhe schnellen lassen.

Die zweite Ursache, d.h. der Arbeitsmarkt, ist immer häufiger Schwankungen ausgesetzt. Die frühen 1990er-Jahre waren in den meisten europäischen Ländern eine Zeit der wirtschaftli-

<sup>1</sup> Eurostat-Statistik aus dem Gemeinsamen Bericht der Europäischen Kommission über Sozialschutz und die soziale Eingliederung 2006. Die genannten Prozentsätze stellen den Anteil der unter 16-Jährigen dar, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutrisikogrenze liegt, die mit 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt ist (nach Sozialtransfers).

chen Rezession, des beständigen technologischen Fortschritts, der Migration von gering qualifizierten Arbeitskräften, des Niedriglohns und einer Tendenz in Richtung Privatisierung und Globalisierung. Die Möglichkeiten für gering qualifizierte Arbeitskräfte, genug für einen ausreichenden Lebensunterhalt zu verdienen, nahmen allgemein ab. Diese Tendenzen wiederum führten auch zu Veränderungen im Leben der Kinder und neuen Ansprüchen an den Staat.

Und schließlich gab es bedeutende Änderungen bei der Ausgabenpolitik und den Prioritäten vieler Regierungen. Die Revision der Anspruchsregelungen und Höhen der Sozialversicherung traf die Familieneinkommen. All diese Änderungen wirkten sich ebenfalls auf die Stellung und Wirksamkeit des sozialen Sicherheitsnetzes aus, mit dem die Regierungen versuchen, Kinder vor den schlimmsten Folgen der Armut zu schützen.

Und inmitten all dieser Kräfte findet sich das einzelne Kind wieder.

### **Aufwachsen in Armut**

Armut enthält Kindern nicht nur ihre Grundrechte vor, sondern belastet auch das künftige Wohlergehen der europäischen Gesellschaften. Kinder, die in Armut aufwachsen, werden nämlich seltener ihr volles Potenzial erreichen.

### **Zahlreiche Studien belegen Folgendes:**

- Ein schlechter Gesundheitszustand der Eltern, fehlende Informationen und Hindernisse beim Zugang zum Gesundheitssystem wirken sich stark auf die Kinder aus. Kinder, die von Armut betroffen sind, haben einen schlechteren Gesundheitszustand als andere Kinder.
  - Elterliche Armut und soziale Ausgrenzung haben bedeutende Auswirkungen auf die kognitive Entwicklung der Kinder und deren Bildungsniveau.
  - Armut bedroht die psychische Stabilität von Kindern und Jugendlichen.
- Kinderarmut ist ein bedeutender Faktor und Katalysator bei allen Umständen, die dazu führen, dass diese Probleme von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden. Diese Tatsachen dürfen nicht dazu benutzt werden,

Familien mit niedrigem Einkommen zu stigmatisieren, sondern müssen als die Folge von strukturellen Versäumnissen in unseren Gesellschaften verstanden werden.

### **Eine Rolle für die Politik**

Selbst, wenn man die Bedeutung der Arbeitsmarktbedingungen und die sozialen Veränderungen akzeptiert, zeigt die Armutsrate, die sich auf die verschiedenen Länder der Europäischen Union verteilt, dass Kinderarmut nicht unvermeidlich und unabänderbar ist: Sie spiegelt lediglich nationale politische Entscheidungen wider.

Ein UNICEF-Bericht aus dem Jahr 2005 über Kinderarmut in wohlhabenden Ländern deutet auf einen klaren Zusammenhang zwischen hohen öffentlichen Ausgaben für Familien- und Sozialpolitik und einer Senkung der Kinderarmutsraten hin (Hinweis: Im Gegensatz zum 60 %-Schwellenwert von Eurostat, stellen die UNICEF-Zahlen den Anteil der Unter-16-Jährigen dar, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen unter einer Armutsrisikogrenze liegt, die mit 50 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt wurde).

Staatliche Interventionen haben heutzutage die Kinderarmutsraten, die sich theoretisch aus dem ungezügelten Treiben der Marktkräfte ergeben würden, um durchschnittlich 40 % gesenkt. Die Zahlen zeigen, dass Regierungen mit den niedrigsten Kinderarmutsraten "Marktarmut" um mindestens 80 % senken, während Regierungen mit den höchsten Kinderarmutsraten "Marktarmut" nur um 10 bis 15 % reduzieren.

Dänemark, Schweden, Finnland und Belgien ist es gelungen, die Kinderarmutsrate auf unter 10 % zu senken. Sie sind auch die vier Länder, die mindestens 10 % ihres Bruttoinlandsprodukts auf jene Sozialtransferarten verwenden, die dazu beitragen, Kinderarmut zu reduzieren. In allen vier Ländern geht der größte Anteil der Sozialleistungen an Vorschulkinder.

Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien hingegen wenden den geringsten Anteil ihres Bruttoinlandsprodukts für Sozialtransfers auf und der Staat ist beim Schutz von Familien

## **Straßenkinder: Nicht nur ein Problem der Dritten Welt ...**

Die Kinderarmutszahlen erzählen nur einen Teil der Geschichte. Sie beziehen sich lediglich auf Kinder, die in Familien leben. Was aber ist mit dem Rest? Es gibt nämlich noch andere Kinder ... Straßenkinder ... Und Straßenkinder findet man nicht nur in Entwicklungsländern. Ganz im Gegenteil.

Von Brüssel über Bukarest, Neapel, Madrid, Marseilles, Bratislava, Dresden und Birmingham bis Tallin nimmt die Zahl der Straßenkinder beständig zu. In einigen neuen Mitgliedstaaten und auch in Rumänien und Bulgarien hat die Zahl der Straßenkinder sogar alarmierende Ausmaße angenommen.

Zur Zeit gibt es keine verlässlichen Zahlen zu den Straßenkindern. Die polnische Organisation "Stiftung für Polen" schätzt, dass auf den Straßen von Warschau fast 15 000 Kinder leben. In Rumänien sprechen offizielle Zahlen von 5000 Straßenkindern, während verschiedene NRO und die internationale Presse ihre Zahl mit 60 000 angeben.

In Europa versucht die European Foundation for Street Children Worldwide die Rechte und die Lage gefährdeter Kinder, insbesondere der Straßenkinder, zu verbessern.

A. Gueudet

Weitere Informationen unter  
<http://www.enscw.org/>

## Kinder in staatlicher Obhut: Eltern als Ausgangspunkt

Zahlreiche Studien über Kinder, die in staatliche Obhut genommen wurden, erwähnen, dass diese Kinder weitgehend einen benachteiligten sozioökonomischen Hintergrund hatten und die Gründe für ihre Unterbringung im Allgemeinen mit dem Unvermögen ihrer Eltern zusammenhängen, für sie zu sorgen. Beim Kampf gegen Kinderarmut auf europäischer Ebene ist es daher wesentlich, dass diese Verbindung zwischen Armut und Heimunterbringung von Kindern anerkannt wird.

Die Familie ist für Menschen, die von Armut betroffen sind, eine Quelle der Hoffnung und der Stärke und als solche bildet sie auch einen Ausgangspunkt, wenn es darum geht, der persönlichen Situation standzuhalten. Will man Kinderarmut bekämpfen, so muss zunächst die Armut der Eltern anerkannt und sichergestellt werden, dass sie als die ersten Partner für die Zukunft ihrer Kinder angesehen werden und die nötige Unterstützung erhalten.

Für das kommende Jahr wird jetzt eine Diskussion darüber gefordert, wie Familienpolitik besser vorangebracht und im Kampf gegen Kinderarmut zu einer Priorität gemacht werden kann. Ferner geht es darum, wie sich sicherstellen lässt, dass die direkt Betroffenen - also Kinder und

mit niedrigem Einkommen bedeutend weniger aktiv.

Der UNICEF-Bericht stellt jedoch auch große Unterschiede bei den Armutsraten von Ländern fest, deren öffentliche Ausgaben mehr oder weniger gleich hoch sind.

Wie ist dies zu verstehen? Zu vermuten ist, dass Armutsraten weniger mit der Höhe der öffentlichen Hilfe zu tun haben als mit der Art, wie sie umgesetzt wird. UNICEF argumentiert, dass viele europäische Länder ihre Kinderarmutsraten auf unter 10 % senken könnten, ohne ihre Gesamtausgaben wesentlich erhöhen zu müssen.

Audrey Gueudet

Informationsreferentin des EAPN



## Kinderarmut im europäischen Prozess der sozialen Eingliederung \*)

**M**it der Weiterentwicklung des europäischen Prozesses der sozialen Eingliederung wurde der Kinderarmut immer mehr Bedeutung beigemessen. Heutzutage wird Kinderarmut zu den Hauptproblemen gezählt und wurde für die Europäische Union ein viel wichtigeres politisches Anliegen.

### Warum eine Priorität?

Zu dieser Frage gibt es drei Hauptargumente. Zunächst einmal handelt es sich um ein weitreichendes und andauerndes Problem. Kinderarmut ist keine nebensächliche Frage, die sich allein durch Wirtschaftswachstum lösen lässt. Der zweite Grund für Maßnahmen ist, dass Kinderarmut eine Vorenthaltung der Grundrechte von Kindern darstellt, so, wie sie in der UN-Kinderrechtserklärung beschrieben werden. Und drittens können Kinder, die in Armut aufwachsen, nicht ihr volles Potenzial erreichen. Die Mitgliedstaaten können es sich nicht leisten, einfach ihre Humanressourcen der Zukunft zu ver-

schwenden, denn damit untergraben sie ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die künftige Entwicklung.

### Der Charakter der Kinderarmut und sozialen Ausgrenzung: Erkenntnisse aus dem europäischen Prozess der sozialen Eingliederung

Seit dem Jahr 2000 wurden viele Erkenntnisse gewonnen. Hier eine Zusammenfassung von lediglich sechs dieser Erkenntnisse: Zunächst ist Kinderarmut ein komplexes und multidimensionales Problem, das aus diesem Grunde koordinierte und integrierte Maßnahmen quer durch eine Vielzahl von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Politikbereichen erfordert. Zweitens beinhaltet Kinderarmut Ungleichheiten beim Zugang zu Ressourcen und Möglichkeiten. Eine Verringerung der Kinderarmut ist also mit einer Reduzierung der extremsten Ungleichheiten verbunden, egal ob in Hinblick auf Einkommen oder den Zugang zu Diensten und Möglichkeiten. Drittens schränkt die Kinderarmut die persönliche Entwicklung ein und zieht Langzeitfol-

gen nach sich. Eine frühe Intervention ist daher wesentlich, um die langfristigen Auswirkungen zu begrenzen.

Viertens ist die Kinderarmut häufig eng mit Diskriminierung verbunden, und einige Kinder sind dabei besonders gefährdet, etwa Kinder aus ethnischen Minderheiten, insbesondere Roma-Kinder, Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, Kinder, die in Heimen leben und Kinder mit Behinderungen. Die Einhaltung starker Antidiskriminierungsgesetze ist daher von entscheidender Bedeutung. Fünftens finden sich die meisten gefährdeten Kinder in Familien von alleinerziehenden Eltern und in Großfamilien. Die Verbesserung der finanziellen und beruflichen Möglichkeiten dieser Familien und ihres Zugangs zu Sozialdiensten ist daher ebenfalls ein entscheidender Faktor. Und da es sich sechstens bei Kinderarmut um eine Vorenthaltung der Rechte von Kindern handelt, ist es unbedingt erforderlich, die spezifischen Bedürfnisse der Kinder zum Herzstück der Politik zu machen.

### Kinderarmut im EU-Prozess

Die Problematik der Kinderarmut nahm in vielen nationalen Aktionsplänen zur sozialen Eingliederung Priorität ein. Sie wurde in aufeinanderfolgenden Berichten der Europäischen Kommission hervorgehoben, zudem war sie auch eine der wichtigsten Prioritäten des Aktionsprogramms der Gemeinschaft gegen soziale Ausgrenzung. Studien wurden in Auftrag gegeben. Verschiedene transnationale Austauschprojekte und Peer Reviews haben sich mit Aspekten des Problems auseinandergesetzt. Europäische Netzwerke wie Eurochild bekamen Unterstützung. Außerdem wurde das Problem ein Hauptthema auf Veranstaltungen wie dem jährlichen Runden Tisch und der Konferenz der luxemburgischen Präsidentschaft zur Weiterführung des europäischen Prozesses der sozialen Eingliederung.

Diese Bemühungen müssen jetzt vertieft und intensiviert werden. Dabei sollte unter anderem Folgendes beinhaltet sein: Berücksichtigung

(mainstreaming) eines Schwerpunktes auf Kinderarmut in der nationalen und der EU-Politik; Stärkung der Indikatoren zur Messung und Bewertung der EU-weiten Fortschritte im Kampf gegen Kinderarmut und zur Verbesserung der Lage der Kinder; genauere Überwachung und Berichterstattung hinsichtlich der von den Mitgliedstaaten erzielten Fortschritte und Empfehlungen, wie deren Bemühungen verstärkt werden können; bessere Verbreitung der aus dem aktuellen Aktionsprogramm der Gemeinschaft gewonnenen Erkenntnisse; Sicherstellung, dass es im Rahmen des neuen Gemeinschaftsprogramms PROGRESS eine breite Reihe von Aktivitäten gibt, die einen besseren Austausch und bessere Erkenntnisse zum Thema Kinderarmut fördern; bessere Teilhabe der von Armut betroffenen Kinder sowie der Organisationen, die sie im Prozess auf lokaler, nationaler und EU-Ebene vertreten; Entwicklung einer wirksamen Strategie, um die Öffentlichkeit für Kinderarmut besser zu sensibilisieren. Es ist wichtig, dass solche Schritte wirklich unternommen

**"Der Kampf gegen Kinderarmut ist für den allgemeinen Erfolg des europäischen Prozesses der sozialen Eingliederung entscheidend"**

werden, denn der Kampf gegen Kinderarmut ist für den allgemeinen Erfolg des europäischen Prozesses der sozialen Eingliederung entscheidend und hat auch eine wesentliche Bedeutung, wenn es darum geht, künftig mehr soziale Gerechtigkeit und eine nachhaltigere wirtschaftliche sowie eine bessere soziale Entwicklung sicherzustellen.

### Hugh Frazer

Unabhängiger Experte, ehemaliger Leiter der irischen Combat Poverty Agency und ehemaliger nationaler Experte der Generaldirektion Beschäftigung der Europäischen Kommission

*\*) Dieser Artikel stützt sich auf ein Papier, das für UNICEF recherchiert und geschrieben wurde und sich mit Erkenntnissen zum Kampf gegen Kinderarmut beschäftigt, die seit dem Jahr 2000 aus dem europäischen Prozess der sozialen Eingliederung gewonnen wurden.*

ihre Eltern - eine aktive Rolle bei der Umsetzung dieser Bemühungen übernehmen können, sodass die elementare Bindung zwischen Eltern und Kindern geschützt wird und folglich grundlegende Menschenrechte insgesamt gewahrt bleiben.

Sarah Welford  
International Movement ATD  
Fourth World

Siehe: Veröffentlichung von ATD Fourth World, Valuing Children, Valuing Parents' unter:

<http://www.4thworldmovement.org/Publications/text%20book/valuing%20children.htm>

## IM HINBLICK AUF EINE EU-KINDERRECHTS-STRATEGIE

Am 4. Juli 2006 veröffentlichte die Europäische Kommission zum ersten Mal eine offizielle Mitteilung zu den Rechten von Kindern bei den internen und externen Maßnahmen der EU mit dem Titel "Im Hinblick auf eine EU-Kinderrechtsstrategie".

In der Mitteilung werden eine Reihe kurzfristiger Maßnahmen genannt, um dringende Fragen anzugehen, sowie sieben besondere Ziele:

- Durchgeführte Aktivitäten nutzen und Abhilfe bei dringendem Bedarf schaffen;
- Schwerpunkte künftiger EU-Maßnahmen bestimmen;
- Berücksichtigung der Kinderrechte in den Maßnahmen der EU;
- Einrichtung wirksamer Koordinierungs- und Konsultationsverfahren;
- Ausbau der Kapazitäten und Sachkenntnis auf dem Gebiet der Kinderrechte;
- Eine Kommunikationsstrategie zum Thema Kinderrechte konzipieren;
- Förderung der Kinderrechte im Bereich der Außenbeziehungen.

Ferner plant die EU auf kurze Sicht eine Studie in Auftrag zu geben, die sich mit den Auswirkungen der Gemeinschaftsinstrumente auf die Rechte der Kinder befasst. Die Schlussfolgerungen dieser Studie werden Ende 2007/Anfang 2008 in ein Grünbuch einfließen, das eine breite öffentliche Debatte über eine EU-Kinderrechtsstrategie starten wird.

Mitteilung zum Thema Kinderrechte finden sich auf der Website der Europäischen Kommission unter:  
[http://ec.europa.eu/commission\\_barroso/president/focus/childrens-rights\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/focus/childrens-rights_en.htm)

## "Was uns fehlt, ist ein politischer Ansatz, der Kinder in den Mittelpunkt stellt"



**Kinderarmut auf der EU-Agenda im Bereich der sozialen Eingliederung: Das EAPN sprach mit Jana Hainsworth, Generalsekretärin von Eurochild.**

**EAPN: Warum ist es so wichtig, Kinderarmut auf EU-Ebene anzugehen?**

**Jana Hainsworth:** Zunächst einmal ist es eine Tatsache, dass Kinder eher von Armut betroffen sind als andere Bevölkerungsgruppen. Zweitens spiegelt sich hier auch die zunehmende Anerkennung wider, dass Kinder Rechte haben, die von Erwachsenen oder ihren Eltern unabhängig sind. Das ist wichtig, denn es bedeutet, dass Kinder nicht länger als passive Hilfsempfänger angesehen werden, sondern eher als aktive Akteure, die ihr eigenes Leben kontrollieren und die sie betreffenden Maßnahmen und Entscheidungen beeinflussen. Dem Recht eines Kindes Gehör zu verschaffen, ist ein Kernprinzip der UN-Konvention über die Rechte des Kindes (UNKRK), die von allen Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde. Drittens ist der Kampf gegen Kinderarmut auch in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht sinnvoll. Kinder, die in Armut aufwachsen, werden auch als Erwachsene eher von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sein. Um den ewigen Kreislauf der Armut zu durchbrechen, muss Kindern jede Möglichkeit geboten werden, an der Gesellschaft teilzuhaben und hier ihr volles Potenzial zu erfüllen.

**EAPN: Inwiefern hilft die EU-Agenda im Bereich der sozialen Eingliederung, das Problem anzugehen?**

**Jana Hainsworth:** Die meisten Mitgliedstaaten haben in der jüngsten Runde der nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung Kinderarmut als strategische Priorität bestimmt. In der Tat können wir der EU für ihre offene Methode der Koordinierung im Bereich Sozialschutz und

soziale Eingliederung danken, da diese die Sensibilisierung für Kinderarmut verstärkt hat und die Problematik auf der politischen Tagesordnung nach vorne rücken ließ. Organisationen, die europaweit mit und für Kinder tätig sind, können sich freuen, dass der Problematik endlich die Aufmerksamkeit zuteil wird, die sie verdient, und dass Debatten und ein Austausch darüber stattfinden, wie sich das Leben von Millionen von Kindern in Europa am besten verbessern lässt.

**EAPN: Was denken Organisationen, die mit benachteiligten Kindern arbeiten - und die Kinder selbst - über die politischen Maßnahmen, die in den Mitgliedstaaten entstehen?**

**Jana Hainsworth:** Eurochild hat die Stimmung im Anschluss an die kürzliche Vorlage der nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung für 2006-2008 (NAP/Eingl 2006-2008) untersucht.

Es herrscht Enttäuschung darüber, dass Kinder immer noch selten als eigenständige Akteure anerkannt werden. Trotz aller Bemühungen der Mitgliedstaaten, die Rechte der Kinder so, wie sie in der UNKRK festgelegt sind, umzusetzen, bauen nur wenige bei ihren Strategien zur sozialen Eingliederung darauf auf. Kein Mitgliedstaat hat sich direkt mit Kindern und Jugendlichen beraten, obwohl es auf diesem Gebiet bewährte Verfahren gibt. Dies entrechtet nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern führt auch zu weniger wirksamen Maßnahmen.

Es gibt aber auch ermutigende Anzeichen, dass die Mitgliedstaaten in Sachen Kinderarmut einen ganzheitlicheren Ansatz zugrunde legen. Das Familieneinkommen diente auf EU-Ebene bisher als Hauptindikator für Kinderarmut und war folglich auch das Hauptziel der Maßnahmen. Die Be-

deutung des Einkommens für das Wohlergehen eines Kindes und dessen Chancen soll gar nicht geleugnet werden, doch ist das Gesamtbild natürlich viel komplexer. Mehrere Länder überwachen bei Kindern die gesundheitliche Situation, die Wohnverhältnisse, Bildung, Zugang zu Dienstleistungen und Freizeitaktivitäten usw. Und auf EU-Ebene wird gerade ein Primärindikator (bzw. eine Reihe von Indikatoren) entwickelt, um das Wohlergehen der Kinder besser darstellen zu können - eine Entwicklung, die Eurochild und andere Organisationen schon in der Vergangenheit gefordert haben.

Insgesamt gesehen enthalten die neuesten NAP/Eingl zahlreiche gute Ideen. Was uns fehlt, ist ein politischer Ansatz, der Kinder in den Mittelpunkt stellt. Dies bedeutet, Kinder nicht nur als Arbeitskräfte der Zukunft, sondern auch als Bürgerinnen und Bürger der Gegenwart anzusehen. Ferner bedeutet es, ihnen eine Stimme zu verleihen und die Punkte anzugehen, die die Kinder heutzutage für ihr Leben als wichtig erachten.

**Interview: A. Gueudet**

Besuchen Sie die Website von Eurochild:  
[www.eurochild.org](http://www.eurochild.org)

## Menschen, die von Armut betroffen sind, in ihren eigenen Worten

"Die EU muss etwas für die Kinder tun. Welchen Sinn hat mein Leben, wenn ich meinen Kindern keine Zukunft bieten kann?"

"Armut in der Kindheit ist eine Diskriminierung."

"Ich kann die Freunde meiner Kinder nicht zu uns nach Hause einladen, weil wir so wenig Platz haben. Darum werden auch meine Kinder nirgendwohin mehr eingeladen. So kommt es, dass sie auch noch ausgegrenzt werden. Wir sind gezwungen, ein Leben im Abseits zu führen."

"Meine Kinder werden meine Armut erben."

"Meine Kinder können an keiner Skifreizeit von der Schule oder einer Woche Sprachferien im Ausland teilnehmen. Die Gewöhnung an lebenslanges Lernen ist unbezahlbar. Kulturelle Aktivitäten kann ich nicht bezahlen."

Die Zitate stammen vom Fünften europäischen Treffen von Menschen, die von Armut betroffen sind, das am 12. und 13. Mai 2006 in Brüssel stattfand.

Der vollständige Bericht ist auf unserer Website abrufbar unter: [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

## Kinderarmut im Vereinigten Königreich: Wohin führt der Weg jetzt?



Seit ihrem Regierungsantritt im Jahr 1997 hat die Labour-Regierung im Vereinigten Königreich das Problem der Kinderarmut zum Kernstück ihrer Strategie zur sozialen Eingliederung gemacht. Wohin führt der Weg jetzt?

Wie intensiv das Engagement der britischen Labour-Regierung ist, wurde 1999 unterstrichen, als Premierminister Tony Blair ankündigte, dass das Ziel seiner Regierung die Beseitigung der Kinderarmut bis zum Jahr 2020 sei. Da Kinderarmut auf der sozialpolitischen Agenda der EU nach vorne rückt, werden wir einmal betrachten, wie das Problem im Vereinigten Königreich angegangen wurde und ob der aktuelle Ansatz für Kinder und Familien, die von Armut betroffen sind, echte Veränderungen bringt.

Im Jahr 1997 hatte das Vereinigte Königreich eine der schlimmsten Kinderarmutsraten in Europa: Etwa 33 % der Kinder lebten in Haushalten mit niedrigem Einkommen. Der Anteil der Kinder, die in von Armut betroffenen

Haushalten lebten, hatte sich in den 1980er- und 1990er-Jahren verdoppelt, wobei bestimmte Gruppen von Kindern besonders von Armut bedroht waren. Die Regierung hatte richtig erkannt, dass dies nicht nur ein kurzfristiges Problem ist, sondern eines mit langfristigen Auswirkungen auf den Bildungsstand, die Gesundheit und die beruflichen Aussichten der Kinder. Der seit 1999 verfolgte Politikan-satz hat sich deshalb darauf konzentriert, Kinder aus der Einkommensarmut zu befreien und bessere Dienstleistungen bereitzustellen, um bildungsspezifische, gesundheitsspezifische und weitere Aspekte der sozialen Ausgrenzung anzugehen.

**"Seit dem Jahr 1999 wurden etwa 700 000 von Armut betroffene Kinder aus der Armut befreit"**

Seit 1999 wurden bei der Anzahl der Kinder, die von Armut betroffen sind, mit etwa 700 000 Kindern, die bis 2004/2005 aus der

Armut befreit wurden, echte Verbesserungen erzielt. Dies wiederum hat dazu beigetragen, dass das Vereinigte Königreich in Sachen Kinderarmut nicht mehr zu den absoluten Schlusslichtern der Europäischen Union zählt.

## Kinder, die von Armut betroffen sind, in ihren eigenen Worten

Einmal konnte ich nicht mit zur Klassenfahrt, weil meine Mutter das nicht bezahlen konnte. Da war ich den ganzen Tag zu Hause. In der Schule haben wir gesagt, dass ich krank geworden bin

René, 11 Jahre

Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat jedoch ihr erstes Kinderarmutsziel verfehlt, nämlich bis 2004/2005 eine Million Kinder aus der Armut zu befreien. Dadurch kommen Zweifel auf, ob es mit dem aktuellen Ansatz gelingen wird, das nächste Ziel zu erreichen, d.h. bis zum Jahr 2010 weitere 1,1 Millionen Kinder aus der Armut zu befreien. Das Verfehlen des Ziels hat im Vereinigten Königreich ernsthafte Fragen aufgeworfen, die Auswirkungen auf das restliche Europa haben.

### Ist Arbeit ein realistischer Weg, um Kinderarmut zu bekämpfen?

Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat sich darauf konzentriert, Eltern in eine bezahlte Arbeit zu bringen. Die Beschäftigungsquoten für Alleinerziehende, deren Kinder einem besonderen Risiko ausgesetzt sind, müssten aber bedeutend ansteigen, wenn Arbeit allein die Kinderarmut bekämpfen soll. Eine jüngste Schätzung deutet darauf hin, dass die Beschäftigungsquote für Alleinerziehende auf 86 % steigen müsste, um Kinderarmut zu bekämpfen. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist im Kampf gegen Kinderarmut von entscheidender Bedeutung, doch ist fraglich, ob die aktuellen Arbeitsmarktziele erreichbar oder realistisch sind.

### Können Sozialleistungen Menschen aus der Armut befreien?

Steigende Beschäftigungsquoten waren nicht der einzige Grund für den Rückgang der Kinderarmut. Der Betrag der auf Kinder ausgerichteten Sozialleistungen wurde ebenfalls erhöht. Der Gesamtbetrag der Sozialleistungen und Arbeitslosenunterstützung für Eltern

stieg schneller an als die Beträge für andere Gruppen. Trotz dieser Erhöhungen deutet ein aktueller Bericht darauf hin, dass weitere 4,3 Milliarden Pfund (6,4 Milliarden Euro) jährlich für Sozialleistungen und Steuergutschriften verwendet werden müssten, um allein das Ziel für 2010 zu erreichen.

### Ist der politische Wille vorhanden?

Jegliche Strategie zur Bekämpfung der Armut benötigt eine politische Führung, um die Teilnahmslosigkeit der Öffentlichkeit bzw. deren Unwillen zu überwinden, Geld für ‚die Armen‘ auszugeben. Im Vereinigten Königreich gab es ein starkes politisches Engagement gegen Kinderarmut. Diese politische Führung wurde

jedoch weder von einer Analyse der wahren finanziellen Auswirkungen begleitet, noch wurde die Notwendigkeit einer öffentlichen Unterstützung klar gestellt. Wenn sie die Frage stellen, ‚Wohin führt der Weg zu einer Strategie gegen Kinderarmut jetzt?‘, verlangen Aktivisten im Vereinigten Königreich immer öfter, dass die Regierung ‚an die Öffentlichkeit geht‘. Wird seitens der

Aktivisten keine öffentliche Unterstützung für Maßnahmen gegen Kinderarmut aufgebaut, ist es wenig wahrscheinlich, dass sie ihre eigenen ehrgeizigen Ziele erreichen. Das ist eine Lektion, die Aktivisten in ganz Europa lernen müssen.

Peter Kelly,  
Leiter der Poverty Alliance, als Mitglied des  
EAPN





# Nachrichten aus Deutschland

## Armut in Deutschland . . .

. . . im europäischen Mittelfeld - aber deutlich wachsend !

Über 20 Jahre brauchten die Mitglieder der Nationalen Armutskonferenz (NAK), Vertreter aus Wissenschaft und von Armut Betroffene, bis im Jahr 2001 die damals erst im dritten Jahr amtierende rot-grüne Bundesregierung ihrer Forderung entsprach und einen ersten amtlichen Armuts- und Reich-tumsbericht in Deutschland vorlegte. Anfang 2005 folgte der zweite Bericht über "Lebensla-gen in Deutschland" und auch die seit Ende 2005 amtierende große Koalition aus Konser-vativen und Sozialdemokraten will an dieser Berichterstattung festhalten. Ein großer Erfolg!

Dabei waren die Ergebnisse des zweiten Be-richts politisch nicht weniger brisant, als die 2001 vorgelegten, denn die Armut in Deutsch-land steigt deutlich! 1993 lag die Armutrisikoquote bei 11,7 Prozent, 1998 waren es bereits 12,8 und 2003 13,5 Prozent (gemessen als Anteil der Personen in Haushalten mit einem bedarfsgewichteten Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Median, neue OECD-Skala).

Damit ist Deutschland weniger erfolgreich in der Verhinderung von Armut, als etwa die skan-dinavischen Länder, liegt aber zugleich im eu-ropäischen Mittelfeld, weit vor den liberal ge-prägten Ländern Irland und Großbritannien sowie den südwesteuropäischen Staaten.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind in Deutschland besonders häufig von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, daneben allein Stehende, allein Erziehende, kinderreiche Familien und Menschen mit Migrationshinter-grund. Arbeitslosigkeit und mangelnde Bildung können als wesentliche Risikofaktoren ausge-

macht werden, doch auch die Zahl der working poor ist in Deutschland hoch - es gibt noch immer keinen Mindestlohn.

Bund, Länder und Gemeinden, freie Wohlfahrts-verbände und die Sozialversicherungen sorgen zusammen für einen im europäischen Vergleich durchaus ausgebauten und leistungsfähigen Sozialstaat. Neben Mindestlöhnen fehlen aber bislang in Westdeutschland in hohem Maße auch Angebote der Bildung, Erziehung und Be-treuung für Kinder unter drei Jahren. Daneben wirken die unterschiedlichen und jeweils in di-verse Schulformen gegliederten Schulsysteme der deutschen Bundesländer in hohem Maße sozial selektiv.

**Neben Mindestlöhnen fehlen bislang in Westdeutschland in hohem Maße auch Ange-bote der Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren.**

Bei all diesen Fragen wird derzeit über strukturelle Veränderungen politisch diskutiert. Die NAK und ihre Verbände beteiligen sich nach Kräften an dieser Mei-nungsbildung.

Den in den letzten Jahren eingeleiteten Umbau des Sozialstaats verbinden viele Menschen spätestens seit der arbeitsmarkt- und sozial-politischen Gesetzgebung (Stichwort: Hartz I - IV) immer weniger mit der Aussicht auf Verbes-serungen. Mit der Folge, dass in den Ländern die Rechtsparteien erstarken während die Wahlbeteiligung insgesamt sinkt. Auch die Poli-tik vertraut immer weniger in ihre Gestaltungs-kompetenz: Seit Einführung des neuen Min-destsicherungssystems "Arbeitslosengeld II" Anfang 2005 wurde es schon dreimal in wichti-gen Teilen restriktiv für die Betroffenen geän-dert, das vierte Änderungsgesetz wird disku-tiert und soll noch einmal die Kosten zu Lasten



## SOZIALPOLITISCHE PRIORI-TÄTEN DER DEUTSCHEN PRÄSIDENTSCHAFT

Am 5. November legte die Bundesregierung einen Plan ihrer Prioritäten für die EU-Präsi-dentschaft vor, die sie Anfang 2007 über-nimmt.

Die Bundesregierung hat versprochen, die soziale und ökologische Dimension Euro-pas klar herauszustreichen. "Zu unseren Werten gehört eben nicht nur das Bekennt-nis zur Effizienz des Marktes, sondern auch das Bekenntnis zu gesellschaftlichem Zu-sammenhalt und Umweltschutz", sagte Staatssekretär Reinhard Silberberg. "Dort, wo wir diese Werte nur im europäischen Ver-bund erhalten und umsetzen können, brau-chen wir die Europäische Union."

Die Debatte um die Dienstleistungsrichtlinie habe gezeigt, dass europäische Rechtset-zung soziale Folgen stets im Blick haben müsse. Die Bundesregierung werde sich aus diesem Grunde dafür einsetzen, dass künftig jedes Rechtsetzungsvorhaben kon-sequent auf seine sozialen Auswirkungen hin überprüft werde.



Logo der Deutschen Ratspräsidentschaft

"Daneben gilt es auch, innovative Ansätze zu fördern, die helfen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Das ist unverzichtbar, wenn wir die Herausforderungen, die sich uns aus dem demografischen Wandel stellen, meistern wollen", fügte Staatssekretär Silberberg hinzu.

Zu Beginn einer jeden Präsidentschaft legt die Soziale Plattform, zu der auch das EAPN gehört, die wichtigsten sozialen Herausforderungen für die nächsten sechs Monate fest. Das Memorandum wird dann an die neue Präsidentschaft geschickt, um die Erwartungen der sozialen NRO hervorzuheben.

Die Memoranda der Sozialen Plattform sind abrufbar unter:  
<http://www.socialplatform.org/code/en/camp.asp?Page=623e>

der Betroffenen verringern.

Die Zuständigkeit für Bildung wird nach der Föderalismusreform im Jahr 2006 fast gänzlich und für die Jugendhilfe verstärkt den Ländern zugewiesen. Mit der Einführung von Studiengebühren, mit höheren Elternbeiträgen für den Kindergarten und der Verlagerung von Schulbuchkosten auf die Eltern, erfahren Familien in vielen Bundesländern bislang auch nicht, dass der auf Bundesebene derzeit propagierte Paradigmenwechsel von sozialen Geld- zu mehr Dienstleistungen bereits ihre Situation verbessert - im Gegenteil!

Es wächst - bislang leider nur je tagesaktuell nach Skandalnachrichten über Kindesmisshandlungen - die öffentliche Aufmerksamkeit für die hohe Verbreitung von Armut und

sozialer Ausgrenzung in Deutschland, aber auch für Beispiele ihrer zum Teil erfolgreichen Bekämpfung. Um Aufmerksamkeit zu verstetigen und politische Reformen zu fördern, sind Sozialschutzberichte und Nationale Aktionspläne notwendig, allein aber nicht hinreichend. Für einen auf Rechten basierenden und von Armut Betroffene einbeziehenden Ansatz der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung bedarf es weiterhin auch unseres verstärkten Engagements in nationalen wie europäischen Netzwerken.

**Dr. Benjamin Benz**

Zukunftsforum Familie e.V. (Berlin)

**Dr. Jürgen Boeckh**

Institut für Sozialarbeit und

Sozialpädagogik (Frankfurt/Main)



## Erstes Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen

Erstmals hat in Deutschland am 6./7. November ein Treffen von Menschen mit Armutserfahrung stattgefunden. Zu diesem Treffen hatte die Nationale Armutskonferenz (nak) Menschen aus ganz Deutschland eingeladen. Schwerpunkt der zweitägigen Veranstaltung waren die Berichte von Menschen, wie sie in Armut geraten sind und welche Perspektiven sie selbst haben, ihre Armutssphäre wieder zu verlassen.

## Im Blickpunkt: EAPN Deutschland

EAPN Deutschland nennt sich "Nationale Armutskonferenz" (nak); sie ist ein Zusammenschluss von Wohlfahrtsorganisationen, Selbsthilfeorganisationen und Gewerkschaften.

**S**eine Aufgaben als Netzwerk: Die nak will mit ihrer Arbeit dazu beitragen, das Armutsproblem zu überwinden und die Selbsthilfeansätze der von Armut betroffenen oder bedrohten Menschen zu unterstützen. Sie sieht ihren Auftrag unter anderem darin, einen Beitrag zu einer veränderten Politik zu leisten, damit die Lebenslage armer Menschen verbessert und strukturelle Überwindung von Armutsbedrohung erreicht wird.

Die zentralen Aufgaben der nak sind politisches Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit. Die nak will die Öffentlichkeit für das Thema Armut sensibilisieren und tut dies durch themenorientierte Fachtage, Pressekonferenzen,

Pressemitteilungen sowie die alljährliche Veröffentlichung von sozialpolitischen Bilanzen zu Themen wie Armut und Gesundheit, Kinderarmut, Arbeitsmarkt.

Forderungen: Die nak will die Regierungspolitik zum Thema Armut durch Stellungnahmen beeinflussen und arbeitet im Beirat zur Nationalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung sowie zum Nationalen Aktionsplan zur sozialen Eingliederung mit. Sie fordert ein transparentes und gerechtes öffentliches Verfahren zur Festlegung des sozio-kulturellen Existenzminimums. Sie setzt sich für die Teilhabe von Menschen in Armut ein und hat im Jahr 2006 erstmalig ein Treffen von Menschen in Armut durchgeführt, das auf großes Medieninteresse gestoßen ist und durch seine Ergebnisse beeindruckt hat.

Networking: Durch die Gründung der Natio-

nalen Armutskonferenz in der Bundesrepublik wurde eine Form der Zusammenarbeit angeregt, die sich auf Länder-, Kreis- und Ortsebene fortsetzt. So existieren mittlerweile in fünf Bundesländern Landesarmutskonferenzen: Saarland, Niedersachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen. Darüber hinaus sind etliche regionale Bündnisse bekannt, die sich nicht

alle Armutskonferenzen nennen, die sich aber alle mit dem Thema Armut auseinandersetzen.

Anita Morhard  
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.

Siehe unter:  
<http://www.nationale-armutskonferenz.de/>

## In Erwartung der deutschen Ratspräsidentschaft: Die Nationale Armutskonferenz lädt Menschen mit Armutserfahrung ein

**D**er am 7. November in Hildesheim zu Ende gegangene Armutsgipfel war der erste in Deutschland. Zwei Tage hatte die Nationale Armutskonferenz (nak) Menschen mit Armutserfahrungen nach Hildesheim eingeladen. 50 Betroffene oder mit ihnen in direktem Kontakt Stehende nahmen an dem Austausch teil. Dieser erste nationale Armutsgipfel in Deutschland hat die Treffen des Europäischen Armutsnetzwerkes zum Vorbild.

Sie folgt damit der Tradition der europäischen Regierungschefs, im Zuge der Lissabon-Strategie, alle Akteure zu mobilisieren und Beratung mit allen Gruppen von Betroffenen aufzunehmen, für die die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten gesetzliche Regelungen umsetzen und mit denen sie Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen wollen. So sollen Menschen mit Armutserfahrung bei der Lösung ihrer Probleme einbezogen werden.

Menschen wie Karl-Heinz Kanne aus Göttingen. Der Sozialpädagoge bekommt aufgrund seiner starken Sehbehinderung lange Zeit nur noch ABM-Stellen angeboten. Heute lebt er von Arbeitslosengeld II. "Ich bin erwerbs-, jedoch nicht arbeitslos", sagt

Kanne, der anderen Betroffenen hilft. Er berichtete vom "unendlichen Warten nach dem Einreichen von Widerspruch." Man müsse sich wehren, sagt er, je abhängiger man sei, umso mehr. Kanne nutzt seine Wut um Auswege zu suchen und "gemeinsam mit anderen Betroffenen etwas auf die Beine zu stellen" - statt seine Wut in Alkohol zu ertränken.

Die alleinerziehende Mutter Dorothee Schmidt aus Hilden in Nordrhein-Westfalen kritisierte, dass Politiker die Situation armer Menschen vielfach schlicht ignorierten. Bei Gesprächen mit EU-Abgeordneten in Brüssel habe sie keine Antwort bekommen, als sie als Vertreterin des Verbandes der allein erziehenden Mütter und Väter ihr Anliegen vortrug.

Die stellvertretende Sprecherin der Armutskonferenz, Erika Biehn, forderte zusätzliche Gesundheitsleistungen beim Arbeitslosengeld II, etwa für Brille und Zahnersatz. Vom Regelsatz von 345 Euro könne sich niemand Zahnersatz leisten: "Daran wird langfristig zu erkennen sein, ob jemand arm ist oder nicht."

Ein Fazit des Gipfels für nak-Sprecher

Zusätzlich setzten sich Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen - diesmal in der Rolle der Ratsuchenden - mit diesen Berichten auseinandergesetzt und beteiligten sich an der Diskussion, wie Menschen ihr Armutslage überwinden und welche Hilfestellung dazu organisiert werden muss.

Forderungen richten sich sowohl an das persönliche Umfeld der von Armut Betroffenen wie an die Politik, die mit ihren klassischen, aber illusorischen Forderungen nach Verbesserung der Erwerbsfähigkeit und dem Verdingen auf dem Arbeitsmarkt an der Situation der Betroffenen vorbeischießt.

Hatte Hans-Jürgen Marcus, der Sprecher der nak sich vorher geäußert, dass man wissen wolle "welche Wünsche und Forderungen Menschen in Armut an die Politik haben", ist seine Einschätzung voll eingetroffen, dass es nicht nur den Weg in den Arbeitsmarkt und zu mehr Erwerbseinkommen gebe, sondern dass die unterschiedlichen Wege in die Armut auch unterschiedliche, mit den Betroffenen abgestimmte materielle und infrastrukturelle Unterstützung zur Folge haben müssen, um aus der Krisensituation wieder herauszukommen.

So hat sich bei diesem Treffen herausgestellt, dass benachteiligte Kinder und Jugendliche von unseren Bildungssystemen kaum gefördert werden.



Marcus: "Die Mißbrauchsdebatte ist bei den Betroffenen angekommen - als Diskriminierung." Marcus forderte, über Armut und soziale Ausgrenzung mit Respekt zu reden. Dies beginne bei der öffentlichen Meinungsbildung. Das war auch die Meinung der Teilnehmer: "98 Prozent der Kunden der Jobcenter sind ehrlich, es wird jedoch nur über die zwei Prozent Missbrauch gesprochen", sagt Matthias Mente vom Bundesverband Deutsche Tafel.

Eine wichtige Forderung an die Politik ist für nak-Sprecher Marcus die Förderung der Bildungsentwicklung von Kindern in Armut. "Wir fordern, einmalige Leistungen wie Nachhilfe und Vereinsbeiträge gegen Belege anzuerkennen. Dies wäre eine große Hilfe für Familien und Alleinerziehende in bedrängten Situationen, die Bildungsarbeit leisten." Kinderarmut und die daraus folgende Benachteiligung sei in ganz Europa zu beobachten. Marcus: "Deutschland geht im Vergleich mit anderen Staaten am schlechtesten mit dieser Situation um. Von Armut betroffene Kinder werden von Freizeitaktivitäten und kulturellen Angeboten zunehmend ausgeschlossen."

Generell sei wichtig, in den Kommunen regelmäßige Gespräche zwischen Amtsmitarbeitern und Betroffenengruppen einzurichten. Marcus: "Das reicht auf politischer Ebene bis hin zur Frage, ob es nicht einen Armutsfestigkeits-TÜV für Gesetze im Bundestag geben muß."

Die Nationale Armutskonferenz hat an die Politiker appelliert, mit mehr Respekt von armen Menschen zu reden. Begriffe wie "soziale Hängematte", "Recht auf Faulheit", "Freizeitpark Deutschland" oder "Parasi-

ten", die von Kanzlern oder Ministern benutzt worden seien, ließen Respekt und Würde vermissen.

Immer wenn Einschnitte bei Arbeitslosen oder Armen anstünden, zettelten Politiker Missbrauchsdebatten an, kritisierte Marcus: "Das ist bei den Betroffenen als diffamierend und stigmatisierend angekommen." Die öffentlichen Repräsentanten hätten hier eine hohe Verantwortung. Das Beispiel europäischer Nachbarländer zeige, dass man auch anders über arme Menschen reden könne.

Die Teilnehmer des Gipfels forderten weiter, die Bildung für arme Kinder besser zu unterstützen. So müssten etwa Nachhilfestunden für die Schule oder Beiträge für Vereine und Verbände als einmalige Leistungen beim Arbeitslosengeld II mit übernommen werden: "Das wäre eine große Hilfe für Familien und Alleinerziehende in bedrängten Situationen." Einmalige Zahlungen seien auch bei Lernmitteln erforderlich: "Wenn es keine Lernmittelfreiheit gibt, muss es für arme Schüler die Möglichkeit geben, an Schulbücher zu kommen." Armut dürfe im Bildungswesen nicht bestraft werden."

Die Gipfel-TeilnehmerInnen forderten am Schluss, dieses Treffen zu verstetigen. Die Mitglieder der nak beschlossen in ihrer anschließenden Zusammenkunft, zukünftig immer am "Tag der Armut" am 17. Oktober ein solches Treffen auszurichten und die Politiker an ihre Pflichten aus der Lissabon-Strategie zu erinnern, Armut zu bekämpfen und die Zukunft von vielen Kindern und Jugendlichen nicht aufs Spiel zu setzen.

Heribert Schlensock  
Pressesprecher Caritas Hildesheim

Literatur zum Thema:

Harker, L., (2006), Delivering on Child Poverty: What would it take? TSO: London, Cm 6951

Hirsch, D. (2006), What will it Take to End Child Poverty: Firing on all Cylinders, Joseph Rowntree Foundation, York



The reference portal  
on poverty and social exclusion  
in Europe

**Nachrichten aus dem Netz** möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be)  
Chefredakteur: Fintan Farrell

**Verantwortl. Veröffentlichung:**

Audrey Gueudet  
Alfred Schleimer

EAPN, rue du Congrès, 37-41 (Bte 2) - B-1000 Brüssel  
Tel.: +32 2 230 44 55 - Fax: +32 2 230 97 33 - E-Mail:  
[team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be) - Website: [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

**Diese Veröffentlichung kommt mit Unterstützung**

- der Europäischen Kommission und
- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend zustande.